

Freitag Reichstagsrede über Locarno

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 218 Nr. 276 a

Bezugspreis: monatlich 2 M. 50 Pfennig...

Halle - Saale

Verlagspreis: Die Originalausgabe...

Geldanstalt Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62...

Mittwoch 25. November 1925

Geldanstalt Berlin, Bernauer Str. 50...

Freitag Reichstagsrede über Locarno

Eine Stresemann-Rede im Reichstage

Vermehrte Schwierigkeiten

Berlin, 24. November.

(Von unserer Berliner Korrespondenz.)

Nach fast einwöchiger Sitzung beendete der Reichstag die erste Lesung des Locarno-Vertrages...

In der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses werden sowohl von der Reichspartei als auch von der Reichspartei...

Sitzungsbericht

Berlin, 24. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Reichstage setzte heute der deutsch-nationale Redner...

Gras Weßner

Seine große Rede gegen Locarno fort. Der Redner zitiert die schlimmsten Ausstellungen aus Frankreich, England, Belgien, der Tschechoslowakei...

dem unerbittlichen Charakter der Konferenz widersprochen der Vorbeugung der deutsch-nationalen Zustimmung gewesen ist...

Abg. Lehmannsdorf (Centr.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung...

„Dieses Gesetz unseres politischen Standes ist die Wiederaufhebung des Deutschen Reiches aus Ansehung der Freiheit, aus Not und Elend zu wirtschaftlicher Bestimmung...

Präsident Weiser gibt dann das formulirte deutsch-nationale Witzensprogramm bekannt.

Abg. Dr. Scholz (D. S.)

erklärt, Deutschland brauche jetzt eine Politik, die ihm gestatte, in freier Hand Arbeit wirtschaftlich und politisch zu erledigen...

Nach Eintritt in den Bitterbund muß auch dafür gesorgt werden, daß das Ansehen der Reichspartei nicht beeinträchtigt wird...

Abg. Hans-Berger (Dem.) betont, die Deutsch-nationalen hätten in der Regierung die Verantwortlichen nur aufzuheben...

„Reichsauswärtiger Dr. Stresemann weiß gegenüber der Forderung, daß man schon im vorigen Jahre in den Bitterbund hätte eintreten sollen, darauf hin, daß der damalige Appell des Bitterbundes der deutschen Regierung vollkommen unerwartet kam...

neue Anerkennung des Versailler Vertrages

erklären. Er sucht demgegenüber aus dem Vertragswortlaut und aus Erklärungen von Staatsmännern nachzuweisen, daß dies nicht der Fall sei, und daß auch der Locarnovertrag einwichtig die Möglichkeit ausschließe, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verhandlungen zu ändern...

Reichsauswärtiger

haben wir unsere Erklärungen bei der Einleitung der Locarno-Verhandlungen so deutlich abgegeben, daß man unter keinen Umständen in der Zukunft unter der Locarno-Verträge ein neues Selbstverständnis setzen kann...

Reichsauswärtiger

haben wir unsere Erklärungen bei der Einleitung der Locarno-Verhandlungen so deutlich abgegeben, daß man unter keinen Umständen in der Zukunft unter der Locarno-Verträge ein neues Selbstverständnis setzen kann...

# Ministerpräsident Doumer?

## Brind leht die Kabinetsbildung ab

Paris, 24. November.

(Eigenes Drahtbericht.)

Brind hat sich heute nachmittags für vier Wochen zum Präsidenten der Republik begeben und erklärt, daß er dem Auftrag zur Kabinetsbildung definitiv ablehne. Dieser Brind war es gewesen, ein großes Linksbündel unter der Leitung von Ferraris, Valentin, Pissano und Paul Bourgeois zu bilden. Diese Kombination ist an der unangenehmsten Stellung der Sozialisten, die maßvolle Forderungen aufgestellt hatten, im letzten Augenblick gescheitert.

## Doumer mit der Kabinetsbildung beauftragt

Paris, 24. November.

(Eigenes Drahtbericht.)

Doumer ist heute nachmittags um 4 1/2 Uhr vom Präsidenten der Republik empfangen worden, der ihn gebeten hat, die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Regierung Brinds, das Kabinett bilden, ist nicht überstanden gekommen, nachdem die Sozialisten sich dahin ausgesprochen hatten, daß das Angebot von drei Parteiführern seitens Brinds ungenügend sei. Die Sozialisten verlangten mitzubeziehen den Anteil an der Regierungsgewalt wie die Radikalen. Als Grund hierfür kam der Umstand in Frage, daß noch nicht festgestellt, ob die Sozialisten nicht für den Fall, daß auch die Kombination Doumers scheitern sollte, selbst einen Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen werden, während die Radikalen sich auf eine Beteiligung beschränken würden.

Um 3 Uhr ist Doumer vom Präsidenten der Republik empfangen worden, um mit ihm über die finanzielle Situation zu sprechen. Verschiedene Gerüchte gehen dahin, daß unter Umständen der Tag mit der feierlichen Vereidigung Poincarés enden werde, der allerdings nur das Finanzministerium als sein technisches Amt übernehmen würde und sich jeder Einmischung in die allgemeine Politik zu enthalten hätte. Es sieht augenblicklich wie die Willen Doumers, die vorläufig noch wenig ausfindig gemacht zu sein scheint, ist in ihrem weiteren Verlauf gefaßt wird.

Einige Bedenken waren. Als bisher im Juli die Ministerpräsidenten zusammentraten, konnte es sich um darum handeln, aus dieser Lage wieder herauszukommen. Die damals anwesenden Radikalen seien auch von allen Seiten unangenehm anerkannt worden. Im weiteren Verlauf habe dann Frankreich eine Kombination zwischen dem Eintritt Deutschlands in den Balfourbund und dem Sicherheitsrat proklamiert, wobei die Regierung seine Freue nicht wieder herzustellen. Die damals anwesenden Radikalen mit der Welt mit einer Einbindung zu einer vollständigen Verbindung überdacht, und am 24. September sei die einmütige Auffassung der Ministerpräsidenten gewesen, daß Deutschland diese Einbindung nicht ablehnen dürfe, sollte nicht in der ganzen Welt der Einbruch eintreten werden, als ob Deutschland nicht seine Initiative und seinen Willen durchsetzen würde. Inzwischen sei Deutschland und nach dem Vertrag über die Sicherheitsvereinbarung eingeleitet worden, die englische Zustimmung ausgerechnet hätten. Es sei ein großer Fehler der deutschen Außenpolitik gewesen, daß Deutschland nicht von sich aus diesen Vertrag ausgearbeitet und den übrigen Nationen vorgelegt hätte. Deutschland hätte sich unter allen Umständen zu stellen, was es sich bei dem Vertrag über den Balfourbund selbst in die Hände gespielt hätte. Da dies nicht geschehen ist, wäre Deutschland von vornherein im Hinterzettel zu stehen.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. September habe es sich darum gehandelt, daß Deutschland etwa auf Sand und Leere vertritt. Die deutschen Unterhändler von Locarno hätten schließliche Wünsche und Forderungen mit auf dem Weg genommen. In erster Reihe hätte die Schutzfrage gestanden. Wenn diese in noch schärferer Form in Locarno aufgestellt worden wäre, so wäre dies ohne Zweifel als das Gesamtergebnis gewesen. Die Teilnahme Deutschlands an der Bewältigung von Valentin und die Frage der Währungsfragen. Das deutsche Forderung von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Das Gesetzliche und Vertragsmäßige sei es, daß nach sieben Jahren sogenannten Friedens noch eine große fremde Armee in Deutschland stehe. Nachdem Deutschland seine Reparationsleistungen in vollem Maße erfüllen müßte, und auch nach der Sicherheitspolitik eingegangen werde, sollte die Begründung für die Ausgrenzung der Welt in der Welt sein. Die deutsche Delegation nicht mit dem höchsten Willen nach dem Vertrag vertreten worden. Die sogenannten Währungsfragen seien eine freundliche Geste, aber es sieht nicht, daß sich ein Rechtsanspruch vor der Welt erhebe. Bei den Ordnungsangelegenheiten die Möglichkeit, daß gerade diejenigen bestehen bleiben, die sich am meisten an Schiffsverkehr gemacht haben. Abkürzungen seien die Änderungen über die Vertragsbedingungen in der zweiten und dritten Lage und über die Versammlungs- und Freiheitsrechte. Ausgeben ist, daß der Vertrag von Locarno gegenüber dem Londoner Vorvertrag eine nicht unbedeutende Verbesserung enthalten habe. Deutschland habe eine Förderung von Land und Leuten nicht ausgetrieben.

Der Ministerpräsident entließ sich, die Frage der Unterzeichnung des Balfourbundes mit Locarno zu entscheiden. So wenig befriedigend die Verhandlungen auch seien, die Dinge gehen dahin, ich würde es nicht möglich, in diesem Stadium der Entwicklung kein zu folgen, weil das Ausland sonst wieder dieselbe Einstellung zu Deutschland gewinnen würde, unter der wir in den letzten Jahren so unendlich gelitten hätten. Dazu kommt die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Wir seien ein politischer Staat, der nur durch die Hilfe der guten Willen der Anderen angewiesen seien, um unsere Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Selbst betonte, er habe die Verleppung des Balfourbundes mit dem Vertrag von Locarno nicht schlichte befürwortet. Die Artikel 16 und 10 seien die größten Gefahren für Locarno, Geld und Zoll, und verurteilen auch natürlich an den Internationalen Währungsvereinbarung. Unter ganzem Zusammenhang im Balfourbund. Unter ganzem Zusammenhang in der europäischen Politik werde, wenn diese ganz verloren ginge, durch den Eintritt Deutschlands in den Balfourbund in Frage gestellt. Es sei vor allem notwendig, daß auch Amerika, Japan und die Nachbarn in dem Balfourbund vertreten seien. Was allen diesen Ländern sehr zu wünschen sei, ist die Unterstützung der europäischen auf dem Standpunkt, daß in dieser Angelegenheit der Eintritt Deutschlands in den Balfourbund nicht vollzogen werden dürfe. Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Deutschland wieder

## Englisch-französische Waffenallianz im Raben Osten

Zur Balkan sehen die Zirkel.

London, 24. November.

Von unterirdischer Seite bekannt, daß der neue französische Oberminister Chamberlain bindende Abmachungen über ein enges Zusammengehen Großbritannien mit Frankreich im Raben Osten getroffen habe. Damit sind die Beziehungen, die bereits in Locarno zwischen Brind und Chamberlain aufgenommen wurden, abgerollt worden. Der erste Punkt des Abkommens behandelt das gemeinsame Vorgehen Frankreichs und Großbritanniens gegen die Ansprüche der Türkei auf das Mesopotamien. Die Frage, wie weit Deutschland auf diese Punkte „Einseitigkeit“ beteiligt werden soll, ist einmütig abgelehnt worden, da die Verhandlungen mit dem britischen Herrscher in Locarno über eine Unterzeichnung der Balfourbund im Raben Osten nicht über ein vorbereitendes Stadium hinausgegangen waren. Die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten, in ihrem Nachhinein keine unbedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden, die die beiden Mächte als Vertragspartner rufen, zu haben oder zu unterzeichnen. Die sich auf dem Gebiete des Mesopotamien aufhaltenden Völker werden angewiesen, die Politik des Vertragspartners zu unterstützen und sich nicht an Unternehmungen zu beteiligen, die die Interessen der Vertragspartner verletzen könnten. Die Engländer verpflichten sich ferner, die Grenzen von Palästina und Transjordanien durch Truppen abzurufen und die ausländischen Streitkräfte im Falle eines Konfliktes zu verhindern. Die beiden Mächte werden auch die Befugnisse der beiden Mächte in der Angelegenheit der Unterzeichnung der Balfourbund im Raben Osten nicht anerkennen sollte und das Mesopotamien durch die Balfourbund an sich zu bringen versucht, sollen die beiden Mächte in einem Einverständnis mit Frankreich und England gegen die Türkei in Mesopotamien vorgehen. Der Balfourbund wird dabei weitgehende militärische und finanzielle Unterstützung zugesagt. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Verhandlungen nicht in der Form eines Vertrages niedergelegt worden sind, aber dennoch beiden Staaten weitgehende moralische Verpflichtungen auferlegen.

## Deutsch-englische Wirtschaftsinfomationen

Berlin, 24. November.

Die deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London, daß die deutsch-englischen Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages von 1902 abgeschlossen sind. Die Verhandlungen haben unter der Leitung des britischen Delegierten in London stattgefunden. Die Verhandlungen der letzten Wochen trugen eingehende Besprechungen unter Einwirkung beiderseitiger Dolmetscher. Es ist gelungen, in einer Anzahl einzelner Punkte zu einem Einverständnis zu kommen, wobei es sich allerdings mehr um die Wiederaufnahme der Durchführungen der neuen englischen Zollbestimmungen handelt. Grundätzlich hat England an seinem Standpunkt fest, daß die Gleichbehandlung bei der Einführung neuer Zölle nicht ausbleibe. Als positives Ergebnis wird man buchen können, daß England über den deutschen Standpunkt klar unterrichtet ist und die Einführung solcher Zölle, die besonders deutsche Waren betreffen, mit entsprechenden deutschen Gegenmaßnahmen rechnen muß.

## Die Schwierigkeiten der österreichischen Regierungsbildung

Wien, 24. November.

Wie unter Bericht erzählt, haben sich die Beziehungen zwischen dem Ministerpräsidenten Seela und dem Außenminister Dr. Bensch außerordentlich verschärft. Seela soll besonders darüber unzufrieden sein, daß infolge der politischen Auslandsverhältnisse und der vielen Auslandsreisen Dr. Bensch nicht in Wien anwesend ist. Die Beziehungen zwischen den beiden Ministern sind sehr gespannt, und es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung unter Bensch scheitern werden. Im Zusammenhang damit geht die Abberufung des bisherigen Außenministers in Washington, Dr. Günther, der als Kandidat für die österreichischen Agrarminister ins Gespräch gekommen und von früher als Nachfolger Dr. Bensch genannt wurde, erlöste Befürchtung.

Die Schwierigkeiten für die Regierungsbildung hängen auch mit der Frage der Währungsreform der österreichischen Beziehungen zu Ausland zusammen. Während bei den übrigen Verhandlungen die Meinung besteht, diese Frage läßt sich bei der Regierungsbildung zu berücksichtigen, haben die Nationaldemokraten eine Beschäftigung dieser Frage nicht abgelehnt. Die „Bohemia“ berichtet, daß die Bildung einer Regierung gemäßigten Ministeriums. Das Finanzministerium soll der ehemalige Finanzminister und frühere nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Engelmann sein. Der nach ihm für den Posten des Außenministers in Frage kommende Dr. Engelmann soll der ehemalige Außenminister und frühere nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Engelmann sein. Der nach ihm für den Posten des Außenministers in Frage kommende Dr. Engelmann soll der ehemalige Außenminister und frühere nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Engelmann sein.

Der österreichische Innenminister Kalchauer soll mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Wien verbleiben, während die Sozialdemokraten wollen den Plan aufgeben, die Regierung des bisherigen Vizepräsidenten Zornitzki durchzuführen, um der verächtlichen Opposition von Kommunisten Seite entgegenzutreten. Als Nachfolger Zornitzki werden Vizepräsident Zornitzki und der ehemalige Minister Stauder von den Sozialdemokraten Agrarminister genannt. Die größte Heberforderung wird die Befreiung des Ministeriums für nationale Verteidigung sein. Als neuer Landwirtschaftsminister wird der bisherige Präsident des Landesamtes, Dr. Witzmann, genannt.

an kriegerischen Maßnahmen gegen irgend einen anderen Staat, so haben wir das Recht der Neutralität. Anders ist die Frage, ob als Mitglied des Balfourbundes

eine bestimmte Macht als Angewiesener bezeichnen, wenn wir selbst der Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehlen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.

Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich an der Unterzeichnung des Balfourbundes nicht beteiligt.





